

Fortsetzung der gewaltsamen Vertreibung tibetischer Nomaden: Behörden zwingen Nomaden zur Rückgabe ihrer Graslandnutzungszertifikate

Chinesische Behörden haben ihr Versprechen gebrochen, nicht in das Leben der tibetischen Nomaden einzugreifen

Anonyme Quellen berichten, daß die chinesischen Behörden in der Tibetisch-Autonomen Präfektur Yushu in der Provinz Qinghai damit begonnen haben, die Graslandnutzungszertifikate von tibetischen Nomaden zu beschlagnahmen, und zwar mit der Begründung, daß die chinesische Regierung der alleinige Eigentümer des tibetischen Graslandes sei. Diese Zertifikate, die im Jahr 1985 eingeführt wurden, verbrieften ihren Besitzern das Recht, das Grasland für ihre Herden zum Weiden und zu ihrer Niederlassung als Nomaden zu nutzen. Den Quellen zufolge werden sie nun gezwungen, diese Dokumente an die Regierung zurückzugeben und zu unterschreiben, daß sie sich damit einverstanden erklären, ohne zu protestieren.

Um eine anonyme lokale Quelle, die mit *Tibet Watch* sprach, zu zitieren: „Früher haben die chinesischen Behörden den tibetischen Nomaden Graslandnutzungszertifikate ausgestellt, die ihnen Weiderechte für 50 Jahre zusicherten und gleichzeitig ein Nichteingreifen der Regierung garantierten. Seit diesem Jahr haben sie diese Weiderechte widerrufen und nehmen nun die zuvor verteilten Weiderechtszertifikate den Nomaden wieder ab.“

Zur Rechtfertigung dieser Maßnahme erklärten die Behörden, daß sie eine effizientere Verwaltung der Nomadengemeinschaft anstrebten. Eine anonyme Quelle in der Region äußerte sich jedoch skeptisch bezüglich der vorgegebenen Uneigennützigkeit der Regierung und erklärte, diese Beschlagnahmung von Zertifikaten sei Teil einer größeren Kampagne mit dem Ziel, die nomadische Gemeinschaft an einem Ort zu konzentrieren, um die Nomaden besser überwachen und kontrollieren zu können.

Ursprünglich sollten die Graslandnutzungszertifikate sicherstellen, daß die Nomaden ohne Eingreifen der chinesischen Regierung 50 Jahre lang auf ihrem angestammten Land leben und Viehwirtschaft betreiben können.

Die Quelle von Tibet Watch fügte hinzu: „Die Tibeter machen sich große Sorgen über den Verlust ihrer Weiderechte, die Enteignung ihres angestammten Landes und eine stärkere Überwachung und Kontrolle durch den Staat.“

Berichten zufolge wurde mit dieser Politik der Beschlagnahmung von Zertifikaten im August 2020 begonnen. In diesem Jahr veranstalteten die chinesischen Behörden eine Reihe von Meetings, bei denen ein 17-seitiges Dokument verteilt wurde, in dem es um die Verwaltung von Weideland und Weiderechten ging. Bei diesen Versammlungen erklärten die Behörden, daß der Staat der alleinige Eigentümer des Weidelands sei und daß das Weideland der Nomaden, wann immer erforderlich, vom Staat von den Nomaden beschlagnahmt werden könne.

Die chinesischen Behörden verfolgen seit Jahrzehnten die Massenumsiedlung tibetischer Nomaden von ihren Weideflächen in städtische Gebiete. Als Vorwand nannten sie oft die „ökologische Konservierung“, so auch bei der Umsiedlung von Tibetern aus dem Sanjiangyuan-Nationalpark, dem Quellgebiet der drei gewaltigen Flüsse Yangtse, Gelber Fluß und Mekong (1). Die Politik der Zwangsumsiedlung von Nomaden hat zur Folge, daß diese ihre Nahrungs- und Lebensgrundlage verlieren, und außerdem wird Land für Unternehmen zum Abbau von Mineralien frei. Die Unfähigkeit der politischen Entscheidungsträger, das indigene Wissen der tibetischen Nomaden über Nachhaltigkeit in ihr Konzept einzubinden, trägt mit zur globalen Erwärmung auf dem tibetischen Hochplateau einschließlich der Quellen der Flüsse bei.

(1) Meltdown in Tibet: Greenwashing, https://www.meltdownintibet.com/q_nomads_greenwashing.htm